

Schwankungen in grundsätzlichen Fragen unserer Politik, zum Beispiel in der Einstellung zur Sowjetunion, zur Oderr-Neiße-Friedensgrenze und zu der Durchführung unserer Wirtschaftspolitik. Diese Unklarheiten müssen letzten Endes unsere Genossen auf den Weg der direkten parteischädigenden Propaganda führen, wenn nicht alles durch die Parteileitung getan wird, um diese Genossen von der Richtigkeit unserer Politik zu überzeugen. Bemerkenswert ist, daß falsche Auffassungen vor allem von Genossen vertreten wurden, die kleinbürgerlicher Herkunft sind und ihrer jetzigen sozialen Stellung nach dem Kleinbürgertum angehören.

Es zeigte sich auch, daß die ideologische Verschmelzung in der Ballenstedter Organisation offensichtlich noch nicht genügend fortgeschritten ist. Mitglieder der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei erklärten in den Diskussionen, daß sie immer Sozialdemokraten waren und heute noch Sozialdemokraten sind. Auch hier handelt es sich größtenteils um kleinbürgerliche Elemente.

Wie reagierte die Kreisleitung Quedlinburg?

Nach gründlichen Diskussionen wurde der Beschluß gefaßt, eine Neuwahl der Ortsleitung durchzuführen, weil das die erste Voraussetzung für die weitere Entwicklung unserer Partei in Ballenstedt ist. Die Kreisparteikontrollkommission wurde beauftragt, eine gründliche Untersuchung der aufgezeigten Mängel und Mißstände durchzuführen mit dem Ziel, parteifeindliche Elemente aus der Ballenstedter Organisation zu entfernen. Zur Vorbereitung der Ortsdelegiertenkonferenz wurden in jeder Grundorganisation zwei Mitgliederversammlungen mit dem Thema „Durcharbeitung des Beschlusses des ZK zum Fall Merker und seine Anwendung auf die Ballenstedter Verhältnisse“ durchgeführt. In der zweiten Versammlung wurde die Diskussion fortgesetzt und die Neuwahl der Delegierten zur Ortskonferenz vorgenommen.

Bei der Vorbereitung zur Konferenz und bei der Wahl der Delegierten kam eine weitere Schwäche der Ballenstedter Parteileitung zutage, nämlich die Unterschätzung der Parteioorganisationen in den Betrieben als den wichtigsten Grundorganisationen unserer Partei. Entgegen den Beschlüssen der Partei und dem ausdrücklichen Beschluß der Kreisleitung versuchte man, die Delegiertenwahlen nur in den Wohngruppen durchzuführen, was zur Folge gehabt hätte, daß auf der Ortsdelegiertenkonferenz in der Mehrzahl kleinbürgerliche Elemente vertreten gewesen wären.

Die Mitgliederversammlungen waren positiv, und nach gründlichen Diskussionen wurden einige parteifeindliche Elemente entlarvt und aus der Partei ausgeschlossen, zum Beispiel der ehemalige Bürgermeister von Ballenstedt, Herrn.

Am 28. und 29. Oktober 1950 fand die Ortsdelegiertenkonferenz statt, in der eine neue Ortsleitung gewählt und mit der Personalunion in Ballenstedt endlich Schluß gemacht wurde. Der Ablauf der Konferenz sowie die vorbereitenden Mitgliederversammlungen bewiesen, daß der von der Kreisleitung Quedlinburg vorgeschlagene Weg richtig war. So brachten die Werktätigen der Ballenstedter Betriebe in Entschliebungen zum Ausdruck, daß sie unsere Partei zu der Säuberung von korrupten Elementen und Parteifeinden beglückwünschten. Sieben Arbeiter des Kreis-KWU Ballenstedt, darunter einige Aktivisten, gaben der Konferenz bekannt, daß sie sich nunmehr entschlossen haben, unserer Partei als Kandidat beizutreten.

Die Worte des Genossen Stalin,

„Die Partei ist unbesiegbar, wenn sie Kritik und Selbstkritik nicht fürchtet, wenn sie die Fehler und Mängel ihrer Arbeit nicht verkleistert, wenn sie an den Fehlern der Parteiarbeit die Kader erzieht und schult, und wenn sie es versteht, ihre Fehler rechtzeitig zu korrigieren“,

haben sich in der Praxis wieder einmal als äußerst richtig erwiesen. Die offene Diskussion über die Mängel, Schwä-

chen und Fehler, die in Ballenstedt aufgetreten sind, haben dazu beigetragen, das Vertrauen zu unserer Partei zu stärken.

Die Schlußfolgerungen aus den Fehlern in Ballenstedt

Man muß also die Schlußfolgerung ziehen, daß die Kritik und Selbstkritik rechtzeitig und in breitem Maße angewandt werden muß. Die Kritik und Selbstkritik muß zum obersten Entwicklungsgesetz unserer Partei gemacht werden. Genosse Wilhelm Pieck hat in seinem Referat auf dem III. Parteitag gesagt:

„Ein großes Hemmnis bei der richtigen Erziehung der Kader ist es, daß unsere führenden Funktionäre leider noch zuwenig der sachlichen Kritik unterzogen werden. Infolgedessen gewöhnen sie sich an ihre eigenen Mängel, so daß manche von ihnen selbstgefällig und überheblich werden und an ihre eigene Unfehlbarkeit glauben. Solche Genossen sind für Schmeicheleien empfänglich, die ihnen von Kriechern aus ihrer Umgebung entgegengebracht werden. Sie schaffen prinzipienlose, persönliche Gruppierungen und Cliquen und laufen Gefahr, allmählich Bürokraten zu werden, die sich von der Masse lösen und nicht die wirklichen Stimmungen und die Bedürfnisse der Massen kennen.“

Diese Feststellung des Genossen Pieck trifft wörtlich auf die bisherigen Verhältnisse in der Ortsgruppe Ballenstedt zu.

Als zweite Schlußfolgerung ergibt sich, in einer gründlichen und systematischen Schulungsarbeit die noch vorhandenen ideologischen Unklarheiten zu beseitigen. Für Ballenstedt gewinnt daher die Realisierung des Beschlusses über die Verbesserung der Parteipropaganda eine erhöhte Bedeutung. Die Erfahrungen des ersten Schulungstages zeigen, daß die Kreisleitung Quedlinburg auch weiterhin Ballenstedt ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden muß.

Am Schluß der Entschliebung, die am 29. Oktober 1950 in Ballenstedt gefaßt wurde, heißt es deshalb sehr richtig:

„Die Ballenstedter Konferenz ist nicht der Abschluß einer kritischen Auseinandersetzung mit den Fehlern der Parteiarbeit, vielmehr beginnt damit ein neuer Abschnitt in der Entwicklung unserer Partei zu einer Partei neuen Typus.“

(Schluß von Seite 11)

auf den Mitschurin-Feldern und in den Mitschurin-Zirkeln herausstellen müssen.

Eine zweite Aufgabe ist, daß durch alle gesellschaftlichen und staatlichen Organe jetzt den örtlichen Kräften größere Anleitung in dieser Arbeit gegeben wird. Es wird nicht schlecht sein, wenn die Landwirtschaftsämter, das heißt also die staatliche Verwaltung, sich auch in diese Arbeit einschalten, denn sie wird dadurch eher den Charakter einer volksnahen Verwaltung bekommen, als das bei den bisherigen Arbeitsmethoden der Fall gewesen ist.

Eine dritte Aufgabe ist darin zu sehen, daß wir uns jetzt Gedanken machen, wie wir die örtlichen Kräfte auch materiell in der Organisierung dieser Mitschurin-Felder unterstützen können. Wie ist das gemeint? Es ergeben sich aus dieser Arbeit für die örtlichen Kräfte eine Reihe von Aufgaben. Düngemittel und Saatgetreide müssen gekauft werden usw. In unserer praktischen Arbeit wurde der Vorschlag gemacht, daß entweder die Genossenschaften oder vielleicht in diesem Falle die Bauernbank einen Kredit bis zur Ernte geben, damit diese Dinge, die für die Arbeit notwendig sind, gekauft werden können, und der Kredit wird nach der Ernte zurückgezahlt.

Ich bin der Meinung, daß wir, wenn wir diese Dinge beachten, einen großen Schritt in unserer Arbeit auf dem Lande vorankommen werden.

Aus der Diskussionsrede auf der 3. Tagung des Zentralkomitees der SED am 26./27. Oktober 1950-